Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 6 | Dresden, Freitag den 8. Januar 1926 | 37. Jahrg.

Dennoch Große Koalition?

Von Wilhelm Sollmann

Genosse Sollmann stellt uns diesen Artikel zur Verfügung. Wir geben ihn mit den Originalauszeichnungen wieder. Sollmann war Innenminister im Kabinett der Großen Koalition von 1923, spricht also aus Erfahrung. Vor allem möchten wir den Satz unterstreichen, daß der Koalitionsgedanke bei den Massen den letzten Kredit verloren hätte, wenn wir in eine Koalition der Wurstelei gingen, um uns den Tritt geben zu lassen, sobald man uns nicht mehr braucht. Das sei vor allen denen gesagt, die in der Großen Koalition die einzige Rettung der Demokratie sehen.

Innerhalb und außerhalb unsrer Partei wird die Aussprache für und wider die Große Koalition fortgesetzt. Nicht nur Gegner, leider auch Parteigenossen, erheben gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf, ihr ablehnender Entschluß entspringe der Furcht vor Verantwortung in diesem schweren Winter. Schon der Blick auf Preußen, wo die Partei keinen Augenblick daran denkt, den Folgen der ungeheuren Wirtschaftskrisis durch eine „bequeme" Oppositionsstellung aus dem Wege zu gehen, macht den Vorwurf der Verantwortungsscheu zunichte. Unter der großen Mehrheit unsrer Reichstagsfraktion, die zur Zeit keine Möglichkeit eines ersprießlichen Regierens mit der Deutschen Volkspartei sieht, sind viele, die durch die Tat bewiesen haben, daß sie von der Partei auch in den schwersten Stürmen die Pflicht zur staatspolitischen Verantwortung fordern. Sie lehnen nur ab, die stärkste republikanische Partei des Landes einem Experiment zu opfern und damit dem in Deutschland trotz allem fruchtbaren Koalitionsgedanken einen Schlag zu versetzen, von dem er sich noch schwerer erholen würde, als von seiner Niederlage im Jahre 1923. Wer für die Große Koalition sich einsetzt, hat die Pflicht, uns wenigstens einige Aussichten und Wahrscheinlichkeiten für ihre längere Dauer anzuführen. Nicht einmal der Scharfsinn des Genossen David hat das vermocht.

Man hat Recht, wenn man nach einer stabilen Regierung ruft. Werden wir sie mit der Deutschen Volkspartei schaffen? Diese Partei hat im Jahre 1923 unter demselben Herrn Dr. Scholz, der jetzt an den Verhandlungen beteiligt ist, innerhalb vier Wochen zweimal eine Reichsregierung der Großen Koalition gesprengt. Sie hat im Jahre 1924 die gleiche Herostratentat in Preußen verübt, und sie hat zwei Jahre lang mit höchster politischer Leidenschaft gegen eine Wiederkehr der Großen Koalition im Reiche und in Preußen gekämpft. Anschluß nach rechts, Regieren mit den Deutschnationalen war ihre Losung! Sie hatte die Führung im Wahlkampfe um die Präsidentschaft gegen die republikanischen Parteien. Der Bürger-Kampfblock gegen die Sozialdemokratie war bis vor zwei Monaten die Parole der Deutschen Volkspartei.

Der Politiker nimmt nicht übel. Er kann heute zur gemeinsamen Arbeit mit einem gezwungen sein, mit dem er gestern noch in heftiger politischer Fehde lag, aber er wird sein Gedächtnis behalten. Die Erinnerung an die unverhüllte Rechtspolitik der Volkspartei muß uns doch die Frage vorlegen: Hat denn die Volkspartei irgendwo und irgendwann den Willen verraten, ihren Rechtskurs zu ändern? Wenn das zuviel verlangt sein sollte: Wo ist ein Beschluß, der ihre Neigung zur Großen Koalition offen bekundet? Gerade Stresemann, der einzige Politiker von Führerqualität in dieser Partei und Vater der Großen Koalition im Jahre 1923, hat sich diesmal weislich gehütet, öffentlich oder auch nur privat ein Wörtchen für die Große Koalition verlauten zu lassen. Seine Tägliche Rundschau kennt in enger Gemeinschaft mit dem größten volksparteilichen Blatte Deutschlands, der Kölnischen Zeitung, immer noch nur einen Feind: die Sozialdemokratie. Man nenne uns den volksparteilichen Politiker, man zeige uns die volksparteilichen Pressestimmen, man verrate uns die volksparteilichen Organisationen, die auch nur die leiseste Neigung zur Große Koalition kundgetan hätten. Dann könnte man sogar den Ruf nach der Diktatur überhören, den eine volksparteiliche Organisation aus dem Westen ohne Widerspruch großer volksparteilicher Zeitungen nach Berlin gerichtet hat.

Nun mag man sagen: Also muß erst recht die Deutsche Volkspartei in die Verantwortung gezwungen werden! Wenn sie sich nämlich zwingen läßt. Sie hat ja dreimal hintereinander deutlich den Beweis geliefert, daß es keiner großen geistigen Fähigkeiten bedarf, um eine Koalition zu zertrümmern, wenn man ihrer nicht mehr zu bedürfen glaubt. Darum war es Pflicht unsrer Reichstagsfraktion, und würde bei etwaigen neuen Verhandlungen erst recht ihre Pflicht sein, Voraussetzungen für die Möglichkeit eines Regierens mit der Deutschen Volkspartei zu schaffen. Es wäre nicht nur ein parteipolitisches, es wäre ein staatspolitisches Verbrechen, wenn die Sozialdemokratie mit irgendwelchen Unklarheiten über entscheidende Fragen der Regierungspolitik in die Große Koalition ginge, nur in der vagen Hoffnung, daß sie im Kabinett mehr erreichen könne als draußen. Wenn ihr in der Erwerbslosen-, in der Arbeitszeit-, in der Steuerfrage und in Sachen der Fürstenabfindung als Regierungspartei Zumutungen gestellt werden, für die sie die Verantwortung nicht tragen kann, hat sie gar nichts erreicht: Die Große Koalition geht in Trümmer, und wir können dann mit dem Genossen David zusammen erst recht die Frage erörtern: „— oder was sonst?"

Die Belastung der kommenden Regierung wird innerpolitisch sein. Auch die Sozialdemokratie weiß, daß ihren sozialpolitischen und finanzpolitischen Forderungen infolge der beispiellosen Krisis enge Grenzen gezogen sind, aber die Volkspartei und die übrigen Koalitionsparteien müssen ihr, wenn sie mitmachen soll, die Gewißheit geben, daß das Mögliche geschieht. Bisher jedoch ist auf keinem sozial- oder finanzpolitischen Gebiete Einigkeit erzielt. Dabei darf wohl daran erinnert werden, daß vor zwei Jahren gerade ein dem Zentrum angehöriger Reichsminister in der Arbeitszeitfrage gegen die Sozialdemokratie stand, und auch in der Frage des Verfassungsschutzes — gegen Bayern nämlich — Reichsminister der Demokraten und des Zentrums sich in nichts von ihren volksparteilichen Kollegen unterschieden. Würde eine Regierung der Großen Koalition bereit sein, der Reichsverfassung in allen Ländern Geltung zu verschaffen? Die Sozialdemokratie schätzt das Eigenleben der Länder, aber ein einheitlicher Reichswille in republikanischen Bahnen ist unvereinbar mit monarchistischen Restaurationsversuchen unter Billigung, ja, mit Unterstützung von Länderorganen.

Jeder ernsthafte Versuch einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition muß die längere Dauer dieser Regierung zum Ziele haben. Einstweilen ist das Vertrauen zu dieser Dauer weder bei der Deutschen Volkspartei noch bei der Sozialdemokratie vorhanden. Beide Parteien belauern sich mit dem schärfsten Mißtrauen. Diese offenkundige politische Tatsache sollten diejenigen, die trotz allem jetzt die Große Koalition für möglich halten, nicht verschleiern, sondern versuchen, eine andre politische Atmosphäre zu schaffen. Das aber scheint mir solange unmöglich, wie die Volkspartei — und das ist die wahre Situation — den baldigen Anschluß an die Deutschnationalen wieder ersehnt.

Diejenigen Genossen, die die Große Koalition als das kleinere Uebel um jeden Preis erstreben, scheinen gewiß uns Skeptikern gegenüber im Vorteil, wenn sie die wenig einladenden andern Auswege aufzählen: Bürgerliches Mittelkabinett, Beamtenregierung, Ermächtigungsgesetz oder Reichstagsauflösung. Jeder dieser Auswege wird die Fraktion vor schwierige taktische Fragen stellen, die jetzt nicht, und erst recht nicht auf offenem Markte beantwortet werden können. **Wie aber, wenn die Große Koalition, nachdem wir das Größte geschafft haben, im April oder Mai an der doch wahrlich nicht geleugneten Unlust der Volkspartei, mit uns zu regieren, zusammenbricht? Dann sind wir so weit wie jetzt auch. Nur, daß der Koalitionsgedanke bei den Massen den letzten Kredit verloren hat und man uns vermutlich eine Reichstagsauflösung aufzwingt, nachdem wir nutzlos uns monatelang belastet haben. Wäre das alles etwa zum Nutzen der Republik, um deren Schutz man uns so beweglich anfleht?**

Und endlich das von denen drüben so heuchlerisch verleugnete „Parteiinteresse". Was braucht man da unredliche Phrasen zu dreschseln: jede Partei, die an sich und ihre Ideen glaubt, hat die selbstverständliche Pflicht, sich stark und schlagfertig zu halten und ihre Kraft nicht zu vergeuden. Die gegnerischen Politiker schätzen auch den tüchtigsten sozialdemokratischen Minister nicht um seiner selbst willen, sondern der mächtigen Partei wegen, die er vertritt. Um der Republik und ihrer sozialen Fortentwicklung willen muß die Sozialdemokratie die starke Partei bleiben, die sie ist, ja, sie muß noch wachsen. Ihr Aufstieg wird auf die Dauer auch dann nicht gehemmt werden, wenn sie ihre Popularität um großer Notwendigkeiten willen aufs Spiel setzt. Die Massen werden ihr aber mit Recht nicht verzeihen, wenn sie sich trotz bitteren Lehren zur Verantwortung für volksparteiliche Klassenpolitik hergibt, um schließlich von einer an Mandaten, an Wirtschaftsgewalt und an Pressemacht weit überlegenen Parlamentsmehrheit beiseite gedrängt zu werden, wenn die — vermutlich kurze — Zeit erfüllet ist . . .

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in diesem Monat eine schwere Nervenprobe auszuhalten haben. Sie muß fest bleiben. Weder das Diktaturgespenst, noch die schwarze Dampfwalze aus Preußen, noch die Versuche einer Personalunion zwischen Reichs- und preußischen Ministerien, die — allzu viel der Ehre — beinahe alle Verantwortung der Sozialdemokratie überlassen würde, dürfen uns schrecken oder verleiten. Wir haben unsre sachlichen, eng begrenzten Forderungen, wir brauchen unsre sachlichen und persönlichen Garantien für eine Regierung von Dauer, die allein dem Reiche helfen kann. Wollen die andern unser „Ja!", so haben sie uns das zu gewähren, was für Republik und Sozialdemokratie unerläßlich ist, sonst muß es bei dem Spruche der Fraktionsmehrheit bleiben: „Nein!".

Regierungssystem der Verschwörerorganisationen

Der Skandal der ungarischen Monarchisten nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Vorerst ist überhaupt noch nicht abzusehen, wann und wie er schließlich ein vorläufiges Ende nimmt. Die Verhaftung einer „Größe" aus der Umgebung Horthys folgt der andern, und es hat ernsthaft den Anschein, daß der „Königliche" Reichsverweser trotz allen Anstrengungen, ihn möglichst nicht zu belasten, eines Tages als Mitwisser und Förderer des Skandals vor der ganzen Welt entlarvt werden wird. Schon heute kann gar kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß er von dem Druck falscher französischer Noten unterrichtet war; denn alle bisher verhafteten Personen entstammen seiner näheren Umgebung und waren teilweise persönliche Freunde. Die Vermutung allein aber genügt nicht, ihn zu belangen; erst muß der positive Nachweis einer verbrecherischen Handlung erbracht sein. Der Versuch, ihn zu führen, liegt im allgemeinen europäischen Interesse und ist zunächst vor allem Aufgabe der betroffenen Länder.

Das ganze ungarische Regierungssystem, dessen Charakter durch den Namen Horthy gekennzeichnet wird, ist als Verschwörerorganisation gegen die europäische Demokratie zu betrachten. Im allgemeinen haben die Vertreter fremder Staaten in den einzelnen Ländern die Aufgabe, wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Nutzen ihres Volkes zu pflegen. Diese Art korrekter Diplomatie war mindestens für einen Teil der ungarischen Vertreter in den einzelnen Ländern bis heute Nebensache. Ihr Hauptberuf bestand darin — und das trifft insbesondere auf den ungarischen Gesandten in Deutschland zu —, die Verbindung mit den rechtsradikalen, gleichgesinnten Organisationen aufrechtzuerhalten und ihren „Revanchegeist" gegen die „Siegerstaaten" wachzuhalten. Es ist z. B. wiederholt möglich gewesen, enge Beziehungen unsrer Ludendorffer zu den ungarischen „Rasseschützlern" nachzuweisen. Der Abschluß eines Vertrags zwischen den extremen Nationalisten beider Länder kurz vor dem bayerischen Novemberputsch im Jahre 1923 dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein und heute noch praktischen Wert besitzen. Wer möchte überhaupt bestreiten, daß von amtlichen ungarischen Persönlichkeiten den deutschen Putschisten sogar Geld übermittelt wurde? Sie haben bisher jedenfalls Gesinnungsgemeinschaften nur auf finanzieller Basis abgeschlossen, und da sie heute selbst beileibe sind, liegt der Verdacht mehr als nahe, daß ihr „nationaler" Geist ab und zu durch einen Teil des Erlöses aus den Frankenfälschungen aufgefrischt worden ist.

In diesem Zusammenhang interessiert uns insbesondere die plötzliche Berufung des ungarischen Gesandten in Berlin nach Budapest. Er gilt in unterrichteten Berliner Kreisen allgemein als der Vertrauensmann der ungarischen „Rasseschützler", und damit gewissermaßen als die Verbindungsperson zu unsern rechtsradikalen Organisationen. Als solcher dürfte er wahrscheinlich auch nach Budapest berufen worden sein. Der eigentliche Zweck ist vorläufig natürlich noch unbekannt und dürfte voraussichtlich auch nicht ohne weiteres preisgegeben werden. Vielleicht aber wollte man ihn vor einer Ausdehnung des Skandals auf seine Person in Berlin bewahren, vielleicht aber bezweckt seine Reise und die der andern ungarischen Diplomaten im Ausland nach Budapest auch, durch eine gemeinsame Aussprache eine Ausdehnung des Skandals auf die rechtsradikalen Organisationen in Deutschland und in Frankreich im eigenen Interesse zu verhindern oder wenigstens im Eventualfall durch eine einheitliche Taktik als kaum der Rede wert erscheinen zu lassen. Der europäischen Demokratie kann nur ein Dienst erwiesen werden, wenn das verhindert und die Pestbeule endgültig aufgestochen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus muß insbesondere durch die geschädigten Länderregierungen eine durchgreifende Untersuchung gefordert werden.

Die feudalen Verbrecherkreise

N. Budapest, 7. Januar. (Eig. Drahtb.) Die Polizei hat am Mittwoch einen technischen Beamten des Kartographischen Institutes verhaftet. Er gab zu, daß die falschen Noten in diesem staatlichen Institut, und zwar auf Anstiftung des Prinzen Windischgrätz, hergestellt worden sind. Aus den Aussagen ging aber nicht hervor, ob die Noten auf den staatlichen Maschinen hergestellt worden sind. Der verhaftete Polizeichef Nadossy gestand in einem neuen Verhör, daß er dem Oberst Jonkowitsch einen Kurierpaß verschafft und seine Koffer versiegelt habe. Er behauptet aber, nicht erfahren zu haben, daß falsche Noten darin seien. Er habe nur gewußt, daß es sich um eine „patriotische Aktion" handle, ohne dem Ziel näher nachzuforschen. Windischgrätz behauptet ebenfalls, an den Notenfälschungen nicht teilgenommen zu haben, gibt aber zu, daß er davon gewußt hat. Er will durch seinen Kammerdiener davon erfahren und die Aktion aus „nationalen" Gründen begrüßt haben. Auch Nadossy habe von allem gewußt. Er hat ihn deshalb gefragt, ob eine Anzeige erstattet werden müsse. Nadossy habe ihn aber beruhigt, daß das nicht nötig sei.

Am Mittwoch ist eine Kommission nach dem Gutssitz des Prinzen Windischgrätz gefahren, nachdem der Kammerdiener des Prinzen behauptet hat, daß dort in den umfangreichen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260108/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG